

Die sozialökonomischen Determinanten von Streiks in Polen 1945–1948

Socio-economic conditions of strikes in Poland in 1945–1948

dr hab. prof. UE Jędrzej CHUMIŃSKI

Abstract

In den Jahren 1945–1949 wurden in Polen mindestens 1.220 Streiks organisiert, von denen die Mehrheit – 73% – in drei Woiwodschaften stattfand: Lodsch, Schlesien und Krakau, und in zwei Industriezweigen: Bergbau und Textilindustrie – über 56%. Im Artikel werden die sozioökonomischen Bedingungen der Streiks vorgestellt, insbesondere der Zusammenhang zwischen den soziodemografischen Merkmalen des Arbeitermilieus und der Intensität von Streikaktionen. Die Reaktionen der politischen Behörden und des Sicherheitsapparats auf die von den Arbeitern organisierten Streikaktionen werden ebenfalls behandelt.

Schlüsselwörter

Streiks, Arbeiter, Industrie, sozialer Widerstand, Sicherheitsapparat

Abstract

In the years 1945–1949, there were at least 1,220 strikes in Poland, of which the majority – 73 % – took place in three voivodships: Lodzkie, Silesian and Krakow, and in two industries: mining and textiles – over 56 %. The article presents the socio-economic conditions of strikes, in particular the relationship between socio-demographic characteristics of the workers' milieu and the intensity of strike actions. The responses of the political authorities and the security apparatus to the strike actions organized by the workers were also taken into account.

Keywords

strikes, workers, industry, social resistance, security apparatus

Nach Ansicht von R. Dahrendorf sind die Konflikte in den Industriebetrieben unvermeidliche Erscheinungen. Sie können auf verschiedene Arten, wie z.B. durch eine Boykottierung der Führungsanordnungen, Versäumnisse und Nachlässigkeiten bei der Ausführung von Dienstanweisungen und der eigenen Pflichten, durch Niederlegung der Arbeit, die Herabsetzung der Leistung und in der Form von radikalen Streiks zum Ausdruck gebracht werden. Über die Intensität und die Ausdrucksart der Krisenerscheinungen entscheiden viele Faktoren. Zu den wesentlichsten gehören die in dem jeweiligen Lande herrschenden gesellschaftspolitischen Bedingungen, die Existenz oder Nichtexistenz eines natürlichen Interessensvertreters für die jeweiligen Konfliktteilnehmer, sowie ein Schiedsrichter und ein Schiedsgericht in institutionalisierter Form. Das Fehlen dieser Voraussetzungen bewirkt, dass nicht selten vereinzelte Konflikte, die unter anderen Bedingungen einfach zu lösen wären, anschwellen und ausserhalb der offiziellen Strukturen in einer radikaleren Form gelöst werden, als es aus ihrer eigentlichen Ursache heraus erfolgen würde.¹

Unter den Bedingungen des sozialistischen Staates waren die Streiks etwas mehr als nur eine Form zur Verteidigung der Arbeiterrechte.² Sie bedeuteten, dass das neue Regime mit seinen propagandistischen Parolen von den Arbeitern nicht als wirklicher Vertreter ihrer Interessen anerkannt wurde. Sie stellten darüber hinaus die ideologischen Grunddogmen in Frage, dass zusammen mit der Übernahme der Macht durch die kommunistische Partei die Arbeiterklasse zur herrschenden Klasse, und das sie zusammen mit der Nationalisierung zum Besitzer der Produktionsmittel wird (was eo ipso die Streiks eliminieren sollte). Schließlich rüttelten sie an der Rechtskraft der Macht der PPR, die in der offiziellen Propaganda die Legitimierungsquellen in der Repräsentanz und Unterstützung des Arbeitermilieus gesucht hat. Diese Bedingungen entschieden über das eindeutig negative Verhältnis der sog. Volksmacht gegenüber dieser Protestform. Aus diesem Grund ist die Entschlossenheit der Arbeiter besonders betonenswert, die in den Jahren 1945–1948 an mindestens 1.220 beteiligt waren. Es ist jedoch eine bezeichnende Tatsache, dass von den 1.220 Streiks bis zu 73,4 Prozent (895) in drei Wojewodschaften stattgefunden haben: in Lodz, Schlesien und Krakau, und 56,5 Prozent (642) der Streiks in zwei Industriezweigen: in der Textilindustrie und im Bergbau³ (Tabelle 1 und 2).

Tabelle 1 Streiks in den Jahren 1945–1948 nach Woiwodschaften

Woiwodschaft	Jahr								Insgesamt	Prozent
	1945	Prozent	1946	Prozent	1947	Prozent	1948	Prozent		
Bialystok	0	0	1	0,18	3	1,05	1	0,72	5	0,40
Danzig	2	0,87	4	0,71	4	1,41	3	2,14	13	1,07
Schlesien	29	12,55	137	24,25	48	16,9	17	12,14	231	18,94

1 DAHRENDORF, Ralf: Teoria konfliktu w społeczeństwie przemysłowym, in: *Elementy teorii socjologicznych. Materiały do dziejów współczesnej socjologii zachodniej*, DERCZYŃSKI, Włodzimierz – JASIŃSKA-KANIA, Aleksandra – SZACKI, Jerzy (Hgg.), Warszawa 1975, 435, 441–450.

2 CHUMIŃSKI, Jędrzej – RUCHNIEWICZ, Krzysztof: Die Arbeiterstreiks in Polen 1945–1955, in: *Deutschland Archiv*, 37, 2004, 2, 245–252; CHUMIŃSKI, Jędrzej: *Ruch zawodowy w Polsce w warunkach kształtującego się systemu totalitarnego 1944–1956*, Wrocław 1999, 264–303.

3 KAMIŃSKI, Łukasz: *Strajki robotnicze w Polsce w latach 1945–1948*, Wrocław 1999, 107–120.

Woiwodschaft	Jahr								Insgesamt	Prozent
	1945	Prozent	1946	Prozent	1947	Prozent	1948	Prozent		
Kielce	18	7,79	42	7,43	15	5,28	8	5,71	83	6,8
Krakau	34	14,72	74	13,1	22	7,75	5	3,57	135	11,06
Lodz	118	51,08	247	43,72	107	37,67	57	40,71	529	43,36
Lublin	1	0,43	3	0,53	6	2,11	3	2,14	13	1,07
Allenstein	0	0	0	0	8	2,82	9	6,43	17	1,40
Pommern	7	3,03	18	3,19	8	2,82	1	0,72	34	2,79
Posen	9	3,90	15	2,65	19	6,69	2	1,43	45	3,69
Rzeszow	2	0,87	0	0	1	0,35	2	1,43	5	0,40
Vorpommern	0	0	2	0,35	8	2,82	7	5,0	17	1,40
Warschau	11	4,76	19	3,36	25	8,8	3	2,14	58	4,75
Breslau	0	0	3	0,53	10	3,52	22	15,72	35	2,87
Zusammen	231	100	565	100	284	100	140	100	1.220	100

Quelle: KAMIŃSKI, Łukasz: *Strajki robotnicze w Polsce w latach 1945–1948*, Wrocław 1999, 108.

Tabelle 2 Streiks in den Jahren 1945–1948 nach Branchen

Industriebranche	Jahr								Insgesamt	Prozent
	1945	Prozent	1946	Prozent	1947	Prozent	1948	Prozent		
Bauindustrie	4	1,8	15	2,9	18	6,8	11	7,9	48	4,23
Chemieindustrie	3	1,4	14	2,7	4	1,5	1	0,7	22	1,94
Elektrotechnischeindustrie	8	3,7	29	5,6	17	6,4	5	3,6	59	5,19
Kommunalindustrie	4	1,8	10	1,9	11	4,2	1	0,7	26	2,29
Metallindustrie	3	1,4	43	8,4	19	7,2	11	7,9	76	6,69
Bekleidungsindustrie	9	4,1	26	5,1	15	5,7	12	8,7	62	5,46
Treibstoffindustrie	0	0	0	0	2	0,8	0	0	2	0,17
Papier und Holzindustrie	1	0,5	16	3,1	14	5,3	4	2,9	35	3,08
Landwirtschaft	2	0,9	3	0,6	17	6,4	19	13,7	41	3,61
Lederindustrie	2	0,9	3	0,6	2	0,8	1	0,7	8	0,70
Nahrungsmittelindustrie	6	2,7	12	2,3	1	0,4	0	0	19	1,67
Telekommunikation	1	0,5	2	0,4	1	0,4	2	1,4	6	0,53
Transport	17	7,8	18	3,5	9	3,4	4	2,9	48	4,23
Textilindustrie	101	46,1	206	40,1	85	32,2	57	41	449	39,52
Bergbau	52	23,7	95	18,5	41	15,5	5	3,6	193	16,99
Übrige Industriezweige	6	2,7	22	4,3	8	3	6	4,3	42	3,7
Zusammen	219	100	514	100	264	100	139	100	1.136	100

Quelle: KAMIŃSKI, 110.

Die ersten Anzeichen für Streikstimmungen waren unter den Belegschaften in Schlesien und in der Wojewodschaft Lodz schon Mitte März 1945 sichtbar (also fast zwei Monate nach der Übernahme der Verwaltung dieser Gebiete durch die neuen Machthaber). Anfang April berichtete Jakub Berman auf der Sitzung des Politbüros der PPR „über alarmierende Fakten der Hungerdemonstrationen der Arbeiter“, und während der Landessitzung der PPR Ende Mai wurde von einer Streikwelle gesprochen. Die Arbeit unterbrachen u.a. die Arbeiter in den Wojewodschaften Lodz, Schlesien, Posen und Krakau.⁴ Damals entstand eines der dauerhaftesten Dogmen der Propaganda der Volksrepublik über die äußere Inspiration der Proteste. Bis zum Ende des Systems wurde die These vom etwas naiven und unbewussten, aber „gesunden Kern“ der Arbeiterklasse und von den Manipulatoren lanciert, die die schwierige Situation zur Realisierung der eigenen Interessen ausgenutzt haben. Die Reaktion auf einen der ersten Streiks am 11. 4. 1945 in der großen Textilfabrik in Moszczenica war sehr charakteristisch. Die besonders für die Aufklärung dieses Fall einberufene Kommission stellte fest, dass der Protest die Folge der „Arbeit der Heimatarmee“ war. Die aktivsten Personen wurden verhaftet (sie wurden erst nach dem entschiedenen Protest der Belegschaft freigelassen) und es wurden Funktionäre des Sicherheitsdienstes in diese Fabrik geschickt, um die feindliche Tätigkeit zu bearbeiten.⁵ Das Problem lag darin, dass es zu den Streiks hauptsächlich in den Regionen und Wirtschaftsbranchen mit der größten Arbeitertradition kam. Von 231 Streiks im Jahre 1945 fanden in Oberschlesien und in den Wojewodschaften Lodz und Krakau 181 statt (78,4%). Diese Daten stellen die offizielle These der kommunistischen Propaganda in Frage, dass die „schwächsten, rückständigsten und unbewusstesten Glieder der Arbeiterklasse der Manipulation zum Opfer fielen“⁶.

Diese Ereignisse überraschten die Führung der PPR und brachten sie in eine schwierige Lage. In den offiziellen Erklärungen – auch im Manifest des Polnischen Komitees der nationalen Befreiung (PKWN) wurde die Wahrung der demokratischen Verfassung vom 17 März 1921 zugesichert. Diese gab nach Artikel 108 den Arbeitern das „Koalitionsrecht“, d. h. das Recht auf die Verteidigung ihrer Interessen auch durch Streiks. Die am 22. Februar 1947 beschlossene „Deklaration des verfassungsgebenden Sejms über die Rechte und Freiheiten der Bürger“ enthielt – ungeachtet der Aufführung eines breiten Katalogs der Rechte – keine eindeutige Festlegung über das Streikrecht. Dieses Dokument wurde durch eine Vorbehaltsklausel ergänzt, die dem Wesen nach alle früheren den Bürgern verbrieften Rechte aufhob. Es wurde nämlich festgelegt, daß „dieses Gesetz einer Ausnutzung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten zum Kampf gegen die demokratische Verfassung der Republik Polen vorbeugen“ sollte.⁷ Diese Formel gab dem Regime völlige Freiheit

4 Archiv der neuen Akten (AAN), Zentral Komitee der Poln. Arbeiterpartei (KC PPR), 295/V/2, S. 4; ebd., 295/VII/34, S. 73.

5 AAN, Zentralkommission der Gewerkschaften (KCZZ), Abteilung für Organisation 41, S. 132–132a.

6 Gewerkschaftstribüne 1945, Nr. 11, 16.–30. 9. 1945.

7 Deklaracja Sejmu Ustawodawczego w przedmiocie realizacji praw i wolności obywateli uchwalona 22 lutego 1947 r., in: *Mała Konstytucja wraz z deklaracją praw i wolności obywatelskich. Manifest PKWN i przepisami związkowymi*, Warszawa 1947.

der Interpretation, worin sich der Kampf gegen das neue System äußerte. Das Fehlen eines Verbots von Streikaktionen ging über die nach der Oktoberrevolution in Rußland angenommenen Bestimmungen hinaus. Die III. Allrussische Konferenz der Gewerkschaften im Juni 1917 hatte sogar das Streikrecht als grundlegende Bedingung für die Wahrung der Arbeiterinteressen anerkannt. Die kommunistische Regierung hat danach niemals einen Erlaß veröffentlicht, durch den Streiks für illegal erklärt wurden. Aber ebenso wenig hat sie eindeutig das Recht der Arbeiter bekräftigt, durch Streiks ihre Interessen zu verteidigen. Ein derartiges Vorgehen war nützlich, solange die Eigentumsfragen in der Industrie nicht endgültig geklärt waren. In der Praxis bedeutete dies nämlich die Duldung von Arbeitspausen in Betrieben, die sich in privater Hand befanden, und die Möglichkeit, sie in bereits verstaatlichten Betrieben zu bekämpfen.⁸ Ausdruck dieser Taktik war eine Deklaration der polnischen Gewerkschaften am Ausgang des Jahres 1944, in der Streiks als Kampfform für die Arbeiterrechte in Privatbetrieben zugelassen wurden, während in Betrieben, die sich bereits unter staatlicher Verwaltung befanden, „das Ziel der Arbeiteraktionen allein in der Stärkung der demokratischen Staatsgewalt, in der Beseitigung von Mängeln und Fehlern durch die Gewerkschaften“ sein sollten.⁹

Bemerkenswert sind die Ausführungen von Wladyslaw Gomulka auf dem nach der ersten Streikwelle stattgefundenen Plenum des ZK der PPR im Juli 1945, wo er feststellte: „Vielleicht ist manchmal ein Streik notwendig, wenn er von uns organisiert ist und einen entsprechenden Hintergrund besitzt. Es wäre nicht schlecht gewesen, wenn in Krakau bei ‚Solvay‘, oder in Posen bei ‚Cegielski‘ ein 2-stündiger Streik gegen das Verhalten der Studenten auf dem Meeting zur Begrüßung von Mikolajczyk organisiert worden wäre. In einem solchen Falle hätte man die Arbeiter vor die Universität führen und zum Rektor mit der Erklärung gehen können, daß wir derartige Studentenaktionen nicht wollen und es nicht erlaubt sei zu brüllen ‚weg mit Bierut‘...Bei derartigen Demonstrationen muß man verhaften, öffentliche Prozesse anstrengen und verurteilen, ohne Furcht – weil dies eine Abrechnung mit faschistischer Tätigkeit ist.“¹⁰

Im April 1945 fanden Arbeitsniederlegungen noch sporadisch statt. Im Mai streikte man jedoch schon u.a. in 9 Großbetrieben der Textilindustrie, in 3 öffentlichen Versorgungseinrichtungen und 2 Metallunternehmen. Nach einer zeitweiligen Beruhigung im Juni brachte der folgende Monat eine Welle von Protesten. In Lodz, Pabianice, Moszczenice und Zyrardow streikten 21 Textilfabriken, in Schlesien und der Wojewodschaft Krakau 14 Bergwerke, 4 Hütten und zahlreiche Betriebe in Bielsko. Hauptursache der Proteste war die Nichteinhaltung der ohnehin sehr geringen Lebensmittelzuteilungen. In einigen Betrieben war die Lage geradezu dramatisch, so z.B. im „Fablock“ in Chrzanow, wo einschließlich der Familienmitglieder über 5.000 Personen das Recht auf eine Lebensmittelkarte besaßen. Im Juni und Juli wurden ihnen 20 Prozent der zustehenden

8 PIPES, Richard: *Rewolucja rosyjska*, Warszawa 1994, 562.

9 KLOC, Kazimierz: *Strajki w przemyśle w pierwszych latach Polski Ludowej*, in: *Studia nad ruchami społecznymi*, MARCINIAK, Piotr – MODZELEWSKI, Wojciech (Hgg.), Warszawa 1989, 9.

10 AAN, KC PPR, 295/II/3, S. 38.

Rationen zugeteilt (Fleisch erhielten die Arbeiter überhaupt nicht). In den Gruben der Wojewodschaft Krakau wurden den Untertagebergleuten im Juli weder Kartoffeln noch Weizenmehl zugeteilt; an Fleisch erhielten sie nur 4,5 Prozent der Norm, bei Fett 32 Prozent und bei Graupen 63 Prozent. In Schlesien wurden die Verpflegungssätze zu 50 Prozent erfüllt.¹¹

Anfangs dauerten die Streiks nur kurze Zeit; sie erloschen, selbst wenn nur ein Teil der Forderungen der Protestierenden erfüllt worden war. Mit der Zeit nahm die Entschlossenheit der Arbeiter zu, verlängerten sich ihre Protestaktionen, wurden die Rechte der Arbeiter weit entschiedener eingefordert. Im August 1945 verzeichnete dies auch das Wojewodschaftskomitee der PPR in Lodz: „Man muß auf die Tatsache aufmerksam machen, daß man früher Konflikte in einer Fabrik nach kurzer Zeit beilegen konnte, jetzt nehmen die Streiks hartnäckigere Züge an.“¹² In einem anderen Bericht wurde festgestellt: „Diese Streiks wurden zu einer drohenden Warnung für unsere Organisation, und zwar nicht nur wegen ihrer langen Dauer, sondern auch wegen ihrer Tendenz, in einen allgemeinen Streik umzuschlagen.“¹³ Eine qualitativ neue Erscheinung waren auch Konflikte in personeller Hinsicht. Sie brachen sowohl zur Verteidigung der Unternehmensleitung als auch gegen die Entsendung unerwünschter Personen in die Fabriken aus. Im letzten Falle hatten diese Konflikte zumeist einen antisemitischen Hintergrund. In der Fabrik „Geyer“ brach am 6. September ein dreitägiger Streik gegen den neu ernannten technischen Direktor aus, über den die in der Fabrik beschäftigten feindlichen Elemente das Gerücht verbreiteten, daß man ihn nur zum Direktor gemacht hat, weil er Jude ist.¹⁴ Die Empfindlichkeit der Arbeiter auf diesem Felde war teilweise die Folge der ungeschickten Politik der Behörden selbst. Wie Gomulka im Mai 1945 feststellte, hat in Krakau „der Chef der Personalabteilung unter Leitung von Jasny 2.000 Leute eingestellt (darunter Juden von schlechtem Aussehen und mit mangelhafter Aussprache; das ist ein billiger Effekt)“.¹⁵ In vielen Betrieben resultierte die Feindschaft der Arbeiter gegen Juden daraus, daß man sie bewußt bevorzugt in leitende Stellungen einsetzte. Selbst in Dokumenten der PPR wurde eingestanden, daß „es eigentlich unter den Arbeitern keinen Antisemitismus gibt, und wenn ja, so ist er nicht sonderlich tief verwurzelt. Der Arbeiter will neben sich einen Juden sehen, der wie er arbeitet, aber nicht als Direktor. Er sagt, es gäbe noch genügend Polen, die Direktor sein könnten“.¹⁶ Bemerkenswert ist, daß die bei „Geyer“ beschäftigten Arbeiter einige Tage später in den Streik traten, um den ehemaligen Eigentümer des Betriebes und seine zwei Töchter, die von den Sicherheitsorganen festgenommen worden waren, zu verteidigen (die Verhafteten waren übrigens deutscher Nationalität). Im August

11 CHUMIŃSKI, *Ruch...*, 269–272.

12 AAN, KC PPR, 295/IX/227, S. 28.

13 AAN, KC PPR, 295/IX/208, S. 30.

14 Ebenda.

15 AAN, KC PPR, 295/II/2, S. 53.

16 Ebenda, S. 32.

brach in den Fabriken „Ciba“ und „Seibert“ ein Streik aus, weil die Leitungen der Betriebe unter dem Vorwurf inhaftiert wurden, sie hätten unter den Arbeitern Gewinne verteilt, die aus dem gesetzwidrigen Verkauf von Waren stammten. Zu einem großen Problem wuchsen sich Proteste gegen die Bestrafung von Arbeitern aus, die bei Diebstählen erwischt worden waren. In der Fabrik „Stolarow“ kam es nach der Verhaftung von 10 Arbeiterinnen zu einem zweistündigen Streik. Die zur Durchsuchung entsandten Milizionäre wurden vor das Tor geworfen. Diese Haltung der Arbeiter erklärt sich aus der Tatsache, daß Diebstähle ein wichtiges Mittel waren, das Familienbudget aufzubessern, und massenhaft vorkamen. Wie ein Arbeiter äußerte, „klaunen wir doch alle“.¹⁷ Die Arbeiter widersetzten sich auch allen Versuchen, die Arbeit zu intensivieren und die Normen zu erhöhen. Am 23. August verprügelten die Streikenden zwei der PPR angehörende Arbeiterinnen, die den Übergang zur Bedienung einer größeren Zahl von Maschinen initiieren wollten.¹⁸

Es fällt sehr schwer, die Frage zu beantworten, wie die Skala der Repressalien gegen die Streikenden im Jahre 1945 aussah. Es scheint, daß man zumindest anfangs politische Methoden zur Lösung von Konflikten bevorzugte. Man organisierte Propagandaaktionen und befriedigte gewöhnlich wenigstens teilweise die Forderungen der Streikenden. Ausschließlich Repressalien anzuwenden, hätte die Autorität der Gewerkschaften und der Parteizellen untergraben können, zumal die Proteste zumeist durch die Nichterfüllung der von den Behörden übernommenen – meist geringfügigen – Verpflichtungen verursacht worden waren. Man konnte schwerlich Arbeiter bestrafen, weil sie das einforderten, was ihnen rechtlich zustand. Der geringe Erfolg dieser Aktivitäten, der sich in einer Ausweitung der Streiks äußerte, veranlaßte die Behörden, ihre Politik zu verschärfen. Man verhaftete Personen, die im Verdacht standen, die Proteste inspiriert zu haben. Prophylaktisch wurden auch Arbeitnehmer inhaftiert, die man als potentielle „Aufwiegler“ zum Streik betrachtete. In der Regel erwiesen sich diese Maßnahmen als wirksam, denn – wie der Chef des Wojewodschaftsamtes des UB in Lodz, Mieczyslaw Moczar, feststellte – „es gibt keinen Streik, wenn die Sicherheitsbehörden von einem geplanten Ausstand erfahren und die Anstifter ins Gefängnis werfen.“¹⁹ In breitem Umfang wurden Methoden der Einschüchterung angewandt. In einer großen Textilfabrik in Czeszochowa, in der es am 31. August wegen der mangelhaften Lebensmittelversorgung und des Verkaufs von UNRRA-Waren auf dem freien Markt zu einer Arbeitsniederlegung kam, wurde der Streik durch die Androhung der Aussperrung verhindert (die Arbeiter verlangten übrigens auch den Rücktritt des Betriebsrates und der Direktion).²⁰ Wer sich aktiv an den Protesten beteiligte, war sich der ihm drohenden Gefahren bewußt. Ein Bergmann der Grube „Bierut“, der die Sorgen der Belegschaft publik machte, appellierte an die Kollegen, „sie

17 CHUMIŃSKI, *Ruch...*, 272.

18 AAN, KC PPR, 295/IX/227, S. 28.

19 PACZKOWSKI, Andrzej (Hg.): *Dokumenty do dziejów PRL. Aparat bezpieczeństwa w latach 1944–1956*, Warszawa 1994, 21.

20 AAN, Ministerium für Arbeits- und Gesellschaftsaufsicht (MPiOŚ), 803, S. 1–5.

mögen ihm beistehen, weil er in einigen Tagen verhaftet werden würde“.²¹ In der Regel nahmen an den Verhandlungen mit den Arbeitern Funktionäre des Sicherheitsdienstes und der Miliz teil. Nicht selten führte ihr taktloses und aggressives Verhalten zur Verschärfung der Lage. In der Grube „Wanda Lech“ reagierten die Arbeiter, die zur Arbeitsaufnahme bereit waren, sehr entschieden auf das Auftreten des Kommandanten der Miliz, „der in seiner Ansprache den Organisatoren des Streiks mit ihrer Verhaftung drohte. Sein Auftritt rief allgemeine Empörung hervor, und seine Rede wurde ausgepiffen. Die Reaktion der Bergleute war sehr lautstark.“²² Entgegen den Wünschen der Gewerkschaftsleitungen mischten sich die Funktionäre des Sicherheitsdienstes ein und verlangten, an allen Versammlungen teilzunehmen. Als die Bergarbeitergewerkschaft dagegen protestierte, belehrte das Ministerium für Staatssicherheit das KCZZ in einem Brief vom 13. Oktober 1945, daß „Streiks häufig die Folge der Tätigkeit feindlicher Elemente sind und einen Anschlag auf die Volkswirtschaft darstellen, wogegen die Organe für öffentliche Sicherheit einschreiten und die Schuldigen suchen müssen“. Deshalb mußten die Gewerkschaftsorganisationen „eng und im Geiste der Freundschaft mit den Organen der Staatssicherheit zusammenarbeiten“.²³

Die 1945 unternommenen Aktionen dämmten eine Ausweitung der Streikwelle nicht ein. Das folgende Jahr brachte sogar eine Erhöhung ihrer Zahl. In den ersten fünf Monaten kam es zu 326, im gesamten Jahr mindestens zu 565 Streiks. Ähnlich wie im vorangegangenen Jahr entfielen die meisten Streiks auf 3 Wojewodschaften: Lodz 247 (43,7 Prozent), Schlesien 137 (24,2 Prozent) und Krakau 74 (13,1 Prozent) zusammen 458, also 81,1 Prozent. Bei einer Aufschlüsselung auf Branchen wiesen die Beschäftigten der Textilindustrie mit 206 (40,1 Prozent) und die Bergarbeiter mit 95 (18,5 Prozent) die größte Streikbereitschaft auf. Ihren Höhepunkt erreichten die Streiks im April und Mai (in 80 bzw. 101 Betrieben). An ihnen beteiligten sich Tausende, vielleicht Hunderttausende Arbeiter. Im Januar 1946 streikten in 20 Betrieben 9.393 Personen; allein in Lodz nahmen vom 10. bis 20. Mai an 15 Streiks 21.930 Personen teil, vom 20. bis 30. Mai in vier weiteren Unternehmen 11.682 Personen. In 10 Betrieben der Wojewodschaft Slask-Dabrowa legten von März bis April über 20.000 Personen die Arbeit nieder.²⁴

Die beschränkte Wirksamkeit der politischen und ökonomischen Instrumente zur Lösung von Konflikten, aber auch die Absicht, einzuschüchtern und die Solidarität der Arbeiter zu brechen, führten zu einer Verschärfung des Terrors. Dies um so mehr, als die Arbeiter während der Streiks wiederholt ihr feindliches Verhältnis dem Regime gegenüber bekundet hatten. In einigen Fabriken wurden die PPR-Mitglieder als „Volksdeutsche und Gestapoleute“ bezeichnet. Die Streikenden forderten unter anderem, sie aus den Betrieben zu entfernen. Es kam vor, daß ein kommunistischer Direktor auf einer Schubkarre abtransportiert wurde.²⁵

21 AAN, KCZZ, Abteilung für Organisation 135, S. 338.

22 Ebenda, S. 341.

23 AAN, KCZZ, Abteilung für Organisation 38, S. 87.

24 AAN, KC PPR, 295/XIII/7, S. 13–14; Institut für Nationales Gedenken (IPN), Kabinett des Ministers, 10/1, S. 12.

25 AAN, KC PPR, 295/IX/32, S. 46.

Bei Meetings ertönten Rufe der Arbeiter wie: „Hört mit dem Gelabre auf und liquidiert das PPR-Kommißbrot; an die Arbeit und nicht an die Regierung; fort mit ihnen, werft sie mit der Schubkarre in den Teich“.²⁶ Man forderte sogar, die Macht Mikolajczyk zu übertragen. Es gab auch Fälle von Lynchjustiz. Personen, die die Solidarität verletzten, riskierten Prügel. Einem übel zugerichteten wurde erklärt: „Du hast Glück, daß Du kein PPR-Mitglied bist, sonst wärest Du totgeschlagen worden.“ Die Beschäftigten der Grube „General Zawadzki“ versuchten, eine Delegation mit einer Klage an das amerikanische Konsulat zu schicken. Die Arbeiter der Grube „Renard“, die schon vor dem Kriege wegen ihrer linken Ansichten bekannt waren, drohten: „War ‚Renard‘ einst rot, wird er grün werden“ (eine Anspielung auf die Farben der PSL - d. Verf.).²⁷

Im Gegenzug wandten die Behörden sowohl materielle Druckmittel als auch Gewalt an. Die Hauptform der Repressalien wegen der Beteiligung an Streiks waren Entlassungen. In der Praxis war das Routine. Dies war eine sehr empfindliche Strafe, denn nach einer Anordnung des Industrieministeriums hing die Höhe der Warenprämien, die einen bedeutenden Teil der Einkünfte darstellten, von der Kontinuität der Arbeit ab.²⁸ Gewöhnlich entließ man in den Unternehmen einen Teil der Belegschaft, die sog. Streikaufwiegler. Es kam jedoch auch vor, daß die gesamte Fabrikbelegschaft ausgesperrt wurde. Nicht selten brach man den Widerstand der Streikenden mit der Drohung, das Unternehmen zu schließen. Im Januar 1946 wurden in der Firma „Buhle“ zunächst alle Beschäftigten entlassen, um sie später unter neuen Bedingungen wieder einzustellen (davon waren 30 Personen ausgenommen, die von den Behörden als Inspiratoren des Streiks angesehen wurden). Im gleichen Monat wurde in der Lodzer Nähgarnfabrik „der 3-tägige Streik durch die Drohung abgewürgt..., den Vertrag über die Arbeitslöhne zu kündigen und Neueinstellungen unter veränderten Bedingungen vorzunehmen“.²⁹ Ähnlich war die Lage in der Wojewodschaft Slask-Dabrowa. Einem Betriebsrat, der im Mai über einen drohenden Streik informierte, erklärte das Mitglied des KCZZ Marian Czerwinski, „falls er einen Streik zulasse, werde man die Fabrik zumachen.“³⁰ Massenhafte Säuberungen wurden in Betrieben der Wojewodschaft Lodz durchgeführt, nachdem es im Juli 1946 im Zusammenhang mit den Gerichtsurteilen gegen die angeblich Schuldigen am Pogrom von Kielce zu Protesten gekommen war. An diesen waren etwa 16.000 Arbeiter beteiligt. Während einer Sonderberatung des Wojewodschaftsaktivs der PPR wurde empfohlen, „eine Liste der Streikaufwiegler anzulegen und ihnen gegenüber Konsequenzen zu ziehen: 1) einigen in einer Form zu kündigen, daß sie nirgendwo wieder Arbeit finden, 2) die aggressivsten Provokateure zu verhaften und 3) zu beschließen, den Streikteilnehmern die Prämie für kontinuierliche Arbeit zu streichen.“³¹ Wie der Wojewodschaftssekretär Ignacy Sowinski in einer Sekretariatssitzung

26 AAN, KC PPR, 295/XIII/26, S. 75.

27 AAA, KC PPR, 295/XIII,7, S. 23–24.

28 KLOC, 12.

29 AAN, KC PPR, 295/XI/47, S. 62.

30 AAN, KC PPR, 295/XIII/7, S. 27.

31 AAN, KC PPR, 295/IX/32, S. 15.

des ZK der PPR am 29. Juli 1946 informierte, wurden allein in einem Betrieb des Garn-Kombinats einige hundert Arbeiter entlassen. Mit Genugtuung hob er hervor: „Nach diesen Reduktionen...gab es keinen Streik mehr, während man in der gleichen Fabrik früher die Entlassung eines einzigen Arbeiters mit einem Streik beantwortet hatte.“ Nach Ansicht von Sowiniski bestand das Ziel dieser Aktion darin, „die Fabriken von Nestern der Reaktion zu säubern“.³²

Eine der größten Repressivmaßnahmen waren die Aussperrungen in der „Manufaktur Widzew“, die über 4.000 Leute beschäftigte. Ein 13-tägiger Streik „endete mit einer Niederlage der Arbeiter, mit der Schließung der Fabrik und der Neueinstellung von Mitarbeitern. Der Streik hatte einen ökonomisch-politischen Hintergrund“.³³ Ein ähnliches Finale fand der Arbeiterprotest in einer anderen großen Fabrik in Lodz – dem Unternehmen „Kindermann“ – im August 1946. „Nachdem die Gewerkschaften, die politischen Parteien und die Zentralverwaltung der Textilindustrie ihre Haltung abgestimmt hatten, wurde beschlossen: die Fabrik zum 16. August 1946 zu schließen und am 18. August 1946 mit der Einstellung von Arbeitern unter neuen Bedingungen zu beginnen.“³⁴ Im Oktober wurde eine Serie von Streiks (an denen 15 Betriebe teilnahmen) durch Massenentlassungen unterbunden. Allein in einer Fabrik von „Geyer“, über die wir Informationen besitzen, wurden 105 Arbeiter entlassen.³⁵ Diese Reduktionen wurden allesamt rechtswidrig vollzogen. Sie mußten nämlich von den Betriebsräten akzeptiert werden. Unter den damaligen Bedingungen wurden sie natürlich nicht nach ihrer Meinung gefragt. Ein Mittel, die Streiks zu unterbinden, war die von den Gewerkschaften angeregte Streichung der Lebensmittelzuteilungen an die Arbeiter. Während der Proteste wurde empfohlen, „bei der Verteilung der Lebensmittelrationen die Streikenden unbedingt auszunehmen. Sofern dies in einzelnen Fällen nötig ist, sollen diese bössartigen Gruppen nicht am Kantinenessen teilnehmen dürfen“.³⁶

Eine wesentliche – und mit der Zeit entscheidende – Rolle bei der Verhinderung von Streiks spielten der Sicherheitsapparat, die Miliz und das Militär. Häufig wirkte sich ihre Anwesenheit „wie ein moralischer Druck aus, und die Arbeiter nahmen die Arbeit wieder auf“.³⁷ Auf Großbetriebe übten in der Nähe stationierte Militäreinheiten Druck aus, da deren Vertreter nicht selten versuchten, die Streikenden einzuschüchtern. Anfang Februar 1946 erklärte ein Offizier den Beschäftigten der Hütte „Ludwikow“ in Kielce, „die deutschen Arbeiter sind dreimal so produktiv wie die Polen; man muß euch einfach einsperren oder zur Arbeit zwingen“.³⁸ Das allzu aggressive Vorgehen des Unterdrückungsapparats rief sogar bei einigen kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären Widerstand hervor,

32 AAN, KC PPR, 295/VII/2, S. 139.

33 AAN, KC PPR 295/IX/32, S. 34.

34 AAN, KC PPR, 295/XI/47, S. 67.

35 AAN, KC PPR, 295/IX/227, S. 78.

36 AAN, KC PPR, 295/XIII/14, S. 41.

37 AAN, Ministerium für Industrie und Handel (MPIH), 196, S. 28; KLOC, 38.

38 AAN, KC PPR, 295/XIII/14, S. 39.

weil sie sich darüber im klaren waren: „Wenn das Militär, der Sicherheitsapparat und die Miliz kommen, um Streiks zu liquidieren, werden alle Fabriken reaktionär werden.“ Dies waren freilich Einzelstimmen. Der Autor des Zitats wurde von, seinen Kollegen schon deshalb scharf kritisiert, weil in der Hütte eindeutig regimefeindliche Stimmungen vorherrschten. Die Arbeiter meinten – „die PPR ist eine russische Agentur und die PPS ein Verräter der Vorkriegszeit.“³⁹ Welchen Umfang die Verhaftungen annahmen, ist schwer zu bestimmen. Aus bruchstückhaften Angaben (der Partei, der Sicherheitsbehörden und der Untergrundorganisation WiN) kann man schlußfolgern, daß es sich um einen allgemeinen Tatbestand handelte. Man muß jedoch bedenken, daß auch aus anderen Gründen in den Betrieben Mitarbeiter verhaftet wurden. Im Jahre 1946 wurden u.a. Verhaftungen in der Firma „Stolarow“ vorgenommen. In der Grube „Wojkowice“ wurden nach einem Streik 20, in der Grube „Renard“ 50 Personen inhaftiert. In geringerem Ausmaß wurden Repressalien in einer Grube des Kreises Jaworzno und der Grube „Aleksander Zawadzki“ angewandt. Im Neuen Hafen von Danzig wurden, nach einem Streik im August 1946 etwa 200 Personen festgenommen; in der Fabrik „Bryl“ 3, in den Verkehrsbetrieben in Lodz 56, in der Firma „Jankowski“ eine. In der Fabrik „Deisel und Klein“ nahm „einige Tage nach dem Streik der Sicherheitsapparat einige Streikführer in Gewahrsam; es handelte sich hauptsächlich um Parteilose, denen man PSL-Mitgliedschaft anlastete.“ Während und nach den Juli-Streiks in Lodz wurden etwa 300 Arbeiter verhaftet. (In einem gesonderten Bericht des Wojewodschaftskomitees der PPR in Lodz wurde mitgeteilt, „der letzte Streik...ermöglichte es, die Organisatoren und reaktionären Gefolgsleute festzustellen. Die Suche nach den Inspiratoren und ihre Entdeckung brachte nach einem erfolgreichen Gegenschlag sehr gute Ergebnisse“).⁴⁰ In der Fabrik „Geyer“ wurden „4 PPR-Mitglieder verhaftet, weil sie zum Streik aufriefen. In Haft sind auch ein PPS-Mitglied und viele Parteilose“.⁴¹ Viele Mitglieder der PPS wurden auch im Zusammenhang mit den Streiks in den Zuckerfabriken der Wojewodschaften Warschau und Bydgoszcz verhaftet. Solche Beispiele könnten wir noch weiter anführen.⁴² Angesichts der entschlossenen Haltung der Arbeitskollegen entließen gelegentlich die Sicherheitsorgane verhaftete Arbeiter (so in der Fabrik „Poreba“, in der aufgrund einer Denunziation eines PPR-Mitgliedes 6 Personen inhaftiert worden waren). Dies bedeutete freilich nicht, daß diese Leute in Sicherheit gewesen wären. Sie waren Provokationen der Polizei ausgesetzt. Einer Arbeiterin der Konfektionsfabrik in Pradnik, die nach dem Streik der Belegschaft entlassen worden war, schoben die Sicherheitsorgane staatsfeindliche Flugblätter in ihrer Wohnung unter, woraufhin sie erneut verhaftet wurde. Eine Freilassung machten die Sicherheitsorgane diesmal von einer hohen Kautionsabhängigkeit, die die Arbeiter trotz einer Sammlung nicht aufbringen konnten.⁴³

39 Ebenda, S. 39–40.

40 AAN, KC PPR, 295/IX/206, S. 7.

41 AAN, KC PPR, 295/IX/27, S. 78.

42 CHUMIŃSKI, *Ruch...*, 284.

43 AAN, KC PPR, 295/XI/147, S. 63.

Über das Schicksal der Verhafteten ist schwer etwas auszusagen. Die bekannten Fälle zeugen jedoch von harten Repressalien. Ein Militärgericht in Lodz verhängte im Frühjahr 1946 gegen einen Arbeiter der Fabrik „Kindler“ eine 10-jährige Haftstrafe wegen der Organisation eines Streiks.⁴⁴ Nach einem Protest von Hafenarbeitern in Danzig wurde gegen 6 zufällig ausgewählte Arbeiter der Vorwurf erhoben, Streiks angezettelt zu haben und an Zusammenstößen beteiligt gewesen zu sein, bei denen ein Funktionär der Sicherheitsorgane getötet und zwei weitere schwer verletzt wurden. Die Gerichtsverhandlung begann am 28. August 1946, nur 18 Tage nach der Beweisaufnahme (in deren Verlauf die Beschuldigten brutal geschlagen wurden) und dauerte im Schnellverfahren vor dem Militärtribunal lediglich 2 Tage. Vier der Beschuldigten erhielten mehrjährige Freiheitsstrafen, einer von ihnen lebenslänglich. Während der Revisionsverhandlungen verschärfte das Oberste Gericht auf Druck der Sicherheitsbehörden die Urteile (einer der Angeklagten wurde zum Tode verurteilt, aber die Exekution fand infolge einer Amnestie nicht statt).⁴⁵ Darüber hinaus verfügten die Behörden über vielerlei andere Möglichkeiten, Personen, die als „Reaktionäre“ angesehen wurden, „unschädlich“ zu machen – einschließlich fabrizierter krimineller Beschuldigungen. Häufig wurden verhaftete oder aus der Arbeit entlassene Personen durch Tricks gezwungen, Arbeitskollegen zu verraten. Sowohl die Sicherheitsorgane als auch die Gewerkschaften warben Informanten an. Darüber informierte Loga-Sowinski im Juli 1946: „Diejenigen, die während des Streiks recht aggressiv waren, kommen gegenwärtig zur Gewerkschaft und zeigen diejenigen an, die sie zum Streik überredeten“.⁴⁶ In der Fabrik „Union-Textil“ wurden Anfang 1948 „nach den Lohnzahlungen Stimmen laut, es lohne sich nicht zu arbeiten. In diesem Zusammenhang wurden die besonders aggressiven Elemente zum Sicherheitsdienst bestellt und angeworben“.⁴⁷ Bei der moralischen Beurteilung jener Personen, die dem Druck nachgaben, muß man bedenken, daß sie angesichts der Übermacht der Behörden ratlos waren. Wenn die Erpressung Frauen betraf, die zumeist eine Familie besaßen, kann man sich schwerlich wundern, daß sie sich eher zur Zusammenarbeit als für einen Aufenthalt im Gefängnis entschlossen, was eine mehrjährige Trennung von den Kindern bedeutet hätte.

Die schärfste Form der Intervention der Sicherheitsorgane waren Versuche, einen Streik niederzuknüppeln. Zu dramatischen Ereignissen kam es während der „Befriedung“ von 800 streikenden Arbeitern im Neuen Hafen von Danzig im August 1946. Ursache der wachsenden Spannungen innerhalb der Belegschaft war neben der äußerst schwierigen materiellen Situation die nach dem Referendum unternommene Zwangsaussiedlung der politisch „Verdächtigen“ aus der Stadt, die unter dem Vorwand durchgeführt wurde, es

44 MIKOŁAJCZYK, Stanisław: *Zniewolenie Polski*, Warszawa 1984, 160; GÓRECKI, Wojciech: Strajki robotnicze w Łodzi w latach 1945–1947, in: *Polska 1944/1945–1989. Studia i Materiały*, 1997, 2, 94.

45 TARNAWA, Andrzej: *Proces trwa*, Warszawa 1986, 8–18; CIECHANOWICZ-SARATA, Aleksandra: Strzały w porcie, in: *Tygodnik Gdański*, 1990, Nr. 29, 22 Juli; Nr. 30, 29 Juli.

46 AAN, KC PPR, 295/VII/2, S. 139.

47 IPN, Kabinett des Ministers, 38/2, S. 19.

würden Schieber und Kriminelle abgeschoben und Arbeiter unter der Anschuldigung von Diebstahl. Nachdem die Behörden die Forderungen der Hafenarbeiter abgelehnt hatten, die Aussiedlungen zu unterbinden und die Löhne zu verbessern, kam es zu Zusammenstößen mit Sicherheitsfunktionären: Zu einem bestimmten Zeitpunkt wurde der Ruf laut „schlagt die Funktionäre des Sicherheitsamtes“, die daraufhin mit Steinen beworfen wurden. Als Antwort darauf wurde auf die Arbeiter geschossen, wobei ein Streikender tödlich getroffen wurde. Danach wurde ein Mitarbeiter der Staatssicherheit getötet, zwei wurden schwer verletzt. Als Repression wurden daraufhin – wie die Presse berichtete – 200 „unmittelbar Beteiligte an diesen Verbrechen und Hauptverantwortliche für die Vorgänge“ verhaftet, die nach den Erklärungen der Sicherheitsbehörden „verbrecherische Schieber“ waren. Der Neue Hafen wurde von Mitarbeitern der Staatssicherheit und Einheiten der Roten Armee von der übrigen Stadt abgeriegelt; man führte eine Polizeistunde ein, verhaftete Verdächtige und nahm Wohnungsdurchsuchungen vor. Wie aus den Erinnerungen von Stanisław Mikolajczyk hervorgeht, betrafen besondere Repressalien Mitglieder der PSL, die der Gewerkschaftsleitung der Hafenarbeiter angehörten. Einige wurden „verhaftet und nach Rußland verbracht, als besonders gefährliche Leute, die nicht im Hafengebiet verbleiben konnten. Hunderte Mitglieder dieser Gewerkschaft wurden aus ihren Häusern geworfen und im ganzen Land verstreut“.⁴⁸ Nach einer unbestätigten Version sollen Rotarmisten etwa 500 Arbeiter, die wegen ihrer feindlichen Einstellung gegen das Regime bekannt waren, auf ein Schiff geladen haben, um sie auf dem offenen Meer zu versenken (dies ist zwar wenig wahrscheinlich, zeugt aber von der damaligen Stimmungslage der polnischen Gesellschaft, die solche Informationen für glaubhaft hielt). Tatsache bleibt jedoch, daß im Zusammenhang mit diesem Streik noch 1950 Verhaftungen vorgenommen wurden.

Trotz der von den Behörden eingeleiteten Vorbeugungsmaßnahmen kam es 1947 zu mindestens 284 Streiks. Am häufigsten protestierten weiterhin die Arbeiter in der Wojewodschaft Łódź mit 107 Streiks (37,7 Prozent aller Streiks), in Schlesien mit 48 Streikaktionen (16,9 Prozent) und Krakau 22 (7,8 Prozent). Auf Branchen verteilt, unternahmen die Beschäftigten der Textilindustrie 85 Streiks (32,2 Prozent) und im Bergbau 41 (15,5 Prozent). Hauptursache für die Arbeitsniederlegungen waren weiterhin die schwierigen materiellen Verhältnisse. Die Reaktion der Behörden auf die Streiks änderte sich kaum. Aktive Personen wurden zumeist entlassen. Es gab auch Versuche, die Unterschrift unter spezielle Loyalitätserklärungen zu erpressen. Diese entwürdigende Prozedur mußten sich u.a. 8 Mitarbeiter der Firma „Neptun“ gefallen lassen. Sie erhielten erst „nach einer radikalen Änderung ihrer Haltung zur Fabrik und den höheren Instanzen“ Arbeit. Sie mußten den Gewerkschaftsfunktionären gegenüber eine Erklärung abgeben, in der es hieß: „Wir bestätigen, daß wir Aufrufe zum Streik als Sabotage der Volkswirtschaft betrachten und die uns zugemessene Strafe als berechtigt ansehen. Wir erklären, daß wir vom Tag der Wiederaufnahme der Arbeit an nicht an Aktionen teilnehmen werden,

48 AAN, MPiOS, 803, S. 177–178; KLOC, 29–30; MIKOŁAJCZYK, 122; CIECHANOWICZ-SARATA.

die der Arbeitsordnung und dem Kollektivvertrag widersprechen“.⁴⁹ Verhaftungen wurden auch weiterhin vorgenommen, so nach Streiks in der Eisenerzgrube in Bork, bei „Fablock“ in Chrzanow und in dem Blechwalzwerk in Czestochowa.⁵⁰ Man muß auch an die „Flüsterpropaganda“ über die brutale Unterdrückung des Streiks der Eisenbahner in Pruszkow erinnern (wonach mehr als 10 Eisenbahner getötet und mehrere Dutzend verhaftet worden sein sollen). An der Niederschlagung der Protestaktion sollen auch Einheiten des NKWD beteiligt gewesen sein. Diese Fakten fanden in offiziellen Dokumenten keinen Niederschlag. Zweifelhaft ist vor allem die Beteiligung sowjetischer Sicherheitskräfte. Für die Jahre 1945 bis 1948 ist nur ein derartiger Fall bestätigt – es handelte sich um den Einsatz während der Studentendemonstration in Krakau anläßlich des Feiertages am 3. Mai 1946. Es besteht aber kein Zweifel, daß der NKWD sich für den Verlauf der Streikaktionen interessierte. Davon zeugen die teilweise veröffentlichten sog. Stalin-Handakten, die Berichte des NKWD, des KGB und des „Smierz“ über die Lage in Polen enthalten. Der sowjetische Diktator wurde eingehend über die wichtigsten Streiks, einschließlich über die Namen ihrer Inspiratoren und die Art informiert, wie die Konflikte gelöst wurden.⁵¹ Im Jahre 1947 kam es zu einem der größten Streiks der Arbeiter in der Geschichte Volkspolens, der bis zum Beginn der 80-er Jahre keinen Vergleich fand.⁵² Im September legten in 17 Textilbetrieben in Lodz etwa 26.000 Beschäftigte die Arbeit nieder. Die Unzufriedenheit der Arbeiter hatte seit Anfang 1947 zugenommen. Sie war die Folge der dramatischen Situation, in der sich diese Branche infolge von Rohstoffmangel befand. Im März mußten sogar 5.000 Personen in einen Zwangsurlaub geschickt werden. In einigen Betrieben reichten die Vorräte lediglich für eine ein- bis zweitägige Produktion. Die Qualität der Rohstoffe war ebenfalls ungenügend. Dies führte zu einem Rückgang der Produktion und einer Minderung der Qualität der Produkte, was sich natürlich auch auf die Höhe der Lohneinkünfte auswirkte. Aus der Sicht der Wirtschaftsverwaltung war jedoch die Gefahr, nicht den Plan erfüllen zu können, entscheidend. Die Verbesserung der Rohstofflage Mitte des Jahres 1947 führte dazu, daß die Beamten des Industrieministeriums nun starken Druck ausübten, um die Rückstände aufzuholen. Im Gegensatz zur ursprünglichen Haltung der Wojewodschaftsleitung der PPR und der Gewerkschaften, wonach die „Nichterfüllung des Planes“ das Ergebnis „objektiver“ Bedingungen war, wurden nach einer Einschätzung des Vizeministers Eugeniusz Szyr, der sie für die Rückstände verantwortlich gemacht hatte, Aktionen unternommen, den „Plan einzuholen“. Ungeachtet des Widerstandes von PPS-Funktionären, die eine „realere Planung“ forderten, wurden „die Belegschaften zu erhöhten Anstrengungen mobilisiert“. Dabei wurde u.a. die Arbeitszeit auf 10–12 Stunden

49 AAN, KC PPR, 295/IX/436, S. 45.

50 AAN, MPiH, 196, S. 20; IPN, Kabinett des Ministers, IX/77, S. 260.

51 IPN, Kabinett des Ministers, 38/1a, S. 25; KRIWIENKO, S.: *Teczka Stalina. Raporty z Polski*, in: *Karta*, 1995, 15, 28–52.

52 Über den Streik ausführlich: CHUMIŃSKI – RUCHNIEWICZ, 246–249; KENNEY, Padraic: *Rebuilding Poland. Workers and Communists 1945–1950*, Ithaca – London 1997, 74–134.

pro Tag erhöht, Sonntagsarbeit anberaumt und vor allem der Übergang zur Bedienung mehrerer Spindeln und Webstühle angeordnet (bzw. die Tätigkeit in mehreren Gewerken). Dies rief in den Betrieben Mißstimmungen hervor. Unruhen wurden in den Fabriken „Wim“, „Horak“, „Stolarow“ und „Eisert“ registriert. Die „übereilige“ Verwaltung einer der größten Fabriken in Lodz („Poznanski“), der man den Termin für den Übergang bei der Bedienung von Webstühlen von 360 auf 720 zum 15. September vorgeschrieben hatte, entschloß sich, diese Aktion zwei Tage früher in Gang zu setzen. Um die Mitarbeiter zu diesen Änderungen zu zwingen, wurden 8 Arbeiterinnen ausgewählt, die sich „aus eigenem Antrieb“ bereiterklären sollten, an einer größeren Zahl von Maschinen zu arbeiten. Die Fabrikdirektion beabsichtigte, sie in dem am besten ausgeleuchteten Saal arbeiten zu lassen, in dem sich auch die modernsten Maschinen befanden. Die dort bislang im 2-Schicht-System tätigen 68 Arbeiterinnen wurden vor das Ultimatum gestellt, entweder nach den neuen Bedingungen zu arbeiten oder aber ihren bisherigen Arbeitsplatz zu verlassen, wobei sie schlechtere Stellungen erhalten und zu Nachtschichten eingeteilt werden sollten. Ähnliche Aktionen wurden in der Weberei vorgenommen. Die Mehrheit der Arbeiterinnen war mit diesen Manipulationen nicht einverstanden. „Freiwillige“ gab es schließlich nur zwei, die in Begleitung des Sekretärs der PPR und einiger Werkschutzmänner die Arbeit aufnahmen. Die anderen dadurch aufgebrachten Frauen wiesen diese beiden mit Gewalt aus der Werkhalle und riefen den Streik aus.

Die Verwaltung des Betriebes unternahm gemeinsam mit dem PPR-Komitee und den Gewerkschaften die für einen solchen Fall routinemäßigen Schritte. Man entließ 10 Arbeiterinnen, die als besonders aggressiv gelten, blockierte den Zugang zur Fabrik und ließ nur solche Personen ein, die eine Erklärung unterschrieben, daß sie nicht streiken würden. Am 15. September wurde allen Beschäftigten in der Weberei (über 1.800 Mitarbeitern) gekündigt, um sie unter neuen Bedingungen wieder einzustellen: „Zunächst für zwei Strecken, nach Ausschöpfung des Kontingents für drei Strecken und schließlich – nach erneuter Erschöpfung des Kontingents – für vier Strecken“. Trotzdem streikten am 16. September bereits 4.500 Arbeiter, d. h. mehr als 70 Prozent der Belegschaft. Auf einem von den Gewerkschaften für den folgenden Tag einberufenen Meeting beklagten sich die Arbeiter über die schwierigen Lebensverhältnisse. „Stürmischen Beifall“ erhielt ein Arbeiter, der erklärte: „So schwer wie heute war es weder vor dem Kriege noch während der Okkupation.“

Am 18. September streikten aus Solidarität mit den Arbeitern von „Poznanski“ drei weitere Fabriken, die über 9.000 Werktätige beschäftigten. Nachts leiteten die Behörden Repressivmaßnahmen ein. Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes verhafteten in den Wohnungen etwa 70 Personen (so die Angaben der Behörde; anderen Dokumenten zufolge nahezu 100). Auf Beschluß des Wojewodschaftskomitees wurden Mitglieder der PPR mit Autos aus den Häusern geholt, um sie am folgenden Morgen zur Fabrik zu fahren. Dies heizte aber nur die Atmosphäre weiter an, weil diese „Aktion der PPR blitzschnell durch Mundpropaganda zu dem Gerücht umgemünzt wurde, es hätten massenhaft nächtliche Verhaftungen wegen der Beteiligung am Streik stattgefunden“. Auch die Streifen der Bürgermiliz (MO) in „Kampfanzügen“ wurden verstärkt. Sie sollten das Betreten des Betriebsgeländes nur solchen Personen gestatten, die zur Arbeit bereit waren. Ungeachtet

dieser Vorkehrungen streikten am nächsten Tag, dem 19. September, bereits 12 Betriebe; am 20. September beteiligten sich an dem Protest etwa 26.000 Arbeiter von 17 Fabriken, wobei man eine deutliche Tendenz zur Ausweitung des Streiks verzeichnete. Für die Behörden geriet die Lage außer Kontrolle.

Die Streikbereitschaft nahm am 23. September ab; in der „Poznanski“-Fabrik nahmen 49,9 Prozent der Belegschaft die Arbeit wieder auf, einen Tag danach 76,2 Prozent. Endgültig beendet wurde der Streik am 25. September. Das Ausmaß des Protestes, die Entschlossenheit und die Disziplin der Streikenden riefen bei den Behörden Konsternation hervor. Sie war um so größer, als überall am Streik Mitglieder beider Parteien beteiligt waren. In 13 Betrieben, die die Arbeit unterbrachen, waren u.a. 7.858 Kommunisten und 3.859 Sozialisten (im letzteren Fall sind die Angaben unvollständig, weil Informationen hinsichtlich dreier Betriebe fehlen, die 16.845 Personen beschäftigten). Am Streik nahmen alle Mitglieder der PPS teil, von der PPR hingegen 80 Prozent. Aufgrund von Repressalien nach dem Streik schlossen PPR-Instanzen 76 Personen aus der Partei aus. Darüber hinaus wurde eine „Säuberung“ von „ideologisch fremden“.⁵³ Die wichtigste Lehre, die der Sicherheitsapparat gemeinsam mit der Wirtschaftsadministration aus den Vorfällen in Lodz zog, bestand darin, bei allen wirtschaftlichen Unternehmungen, die bei den Arbeitern Unzufriedenheit hervorrufen konnten, eng zusammenzuarbeiten und alle Schritte zu koordinieren. Seit dem Ende des Jahres 1947 gingen den Veränderungen der Normen, der Einführung neuer Löhne, dem Abschluß von Kollektivverträgen usw. operative Arbeiten des Sicherheitsapparats zur Absicherung voraus.

Unter den Bedingungen der verschärften politischen Lage im Lande und in der internationalen Arena nahm im Jahre 1948 die Zahl der Streiks deutlich ab (wir notierten 139 Fälle). Nicht nur ihre Häufigkeit, sondern auch ihre Dauer und die Zahl der Streikenden wurde geringer. Vorherrschend waren kurze, einige Minuten dauernde Proteste, die auch nur selten die ganze Belegschaft erfaßten. Gewöhnlich streikten nur einige Abteilungen eines Betriebes, manchmal auch nur einige Dutzend Arbeiter. Verändert hatte sich auch die „Geographie“ und die „Branchendominanz“ der Proteste. Richtig ist, daß 41 Prozent der Streiks (57) in der Wojewodschaft Lodz stattfanden. Der Anteil der Wojewodschaft Slask verminderte sich jedoch auf 12,1 Prozent (17 Streiks), der von Krakau auf 3,6 Prozent (5 Aktionen). Auf Branchen aufgeschlüsselt, ergibt sich folgendes Bild: Nahezu jeder zweite Streik fand in der Textilindustrie statt (41 Prozent); im Bergbau, der in den Wojewodschaften Schlesien und Krakau konzentriert war, gab es nur 5 Protestaktionen. Zu einigen bedeutsameren Vorfällen kam es u.a. im August 1948 in der Textilindustrie von Lodz. In der „Manufaktur Widzew“ stellte man bei einer Kontrolle fest, daß die Direktion höhere Löhne zahlte, als die Kollektivverträge vorsahen. Sieben Personen wurden verhaftet; die Angelegenheit wurde einer Sonderkommission übertragen. Dies rief bei den Leitungen anderer Betriebe Unruhe hervor, die auf ähnliche Weise die Einkünfte ihrer Mitarbeiter erhöht hatten. Wollte man sich an die gesetzlichen Vorschriften halten, so hätte dies eine Verringerung der

53 AAN, KC PPR, 295/IX/33, S. 160.

Einkommen bedeutet, was wiederum die Arbeiter zu Streiks provoziert hätte. Die Lage war derart gespannt, daß die PPR und die Wirtschaftsleitungen anordneten, keinerlei radikale Veränderungen bei den Lohnzahlungen vorzunehmen.⁵⁴

Eine qualitativ neue Erscheinung waren Streiks, deren Motive einen religiösen Hintergrund hatten. Zu bemerkenswerten Vorfällen kam es in einem Konfektionsbetrieb in Breslau, gegen Ende des Jahres 1948. Ein Jahr zuvor hatten die Arbeiterinnen eine Geldsammlung für den Kauf von 8 Bildern durchgeführt, die in den Fabrikhallen aufgehängt wurden. Nach dem Plenum des ZK der PPR im September 1948 beauftragte der Personalchef einige Parteifunktionäre, die religiösen Symbole zu entfernen. Die Parteileitung war sich des Risikos dieses Unternehmens bewußt und ordnete vordem eine „Aufklärungskampagne“ unter den Arbeitern an. Dies half wenig, denn sie ermöglichte es den Beschäftigten, eine Gegenaktion vorzubereiten. So wurden u.a. „Ersatzbilder“ zusammengetragen, die an die Stelle der entfernten Bildnisse aufgehängt werden sollten. Aus Furcht vor der Reaktion auf ihr Vorgehen nahmen die Parteifunktionäre die religiösen Symbole in der Nacht zum 30. November ab, nachdem die Belegschaft den Betrieb verlassen hatte. Am folgenden Tag verprügelten die Arbeiter jene Leute, die an der ganzen Aktion teilgenommen hatten. An der Lynchjustiz beteiligten sich Mitglieder beider Arbeiterparteien, insbesondere Frauen, „die an der Spitze der Angreifer standen“. Sie lehnten eine Mitwirkung von Parteilosern ab und schrien, „sie müßten sich selbst mit den Verantwortlichen für diesen Frevel auseinandersetzen“, weil sie hierfür „nicht bestraft werden könnten“. Übereifrige Funktionäre wurden gezwungen, die Bilder herauszugeben, die an den alten Stellen wieder aufgehängt wurden. Auch die Drohung eines Vertreters des Gemeindegemeinschafts, die Fabrik zu schließen und alle Beschäftigten sofort zu entlassen, verfehlte ihre Wirkung. Die Belegschaft reagierte darauf mit einer demonstrativen Verkleidung der Tribüne mit Heiligenbildchen, sie riefen „Wir wollen Gott“, „Es lebe die Kirche“ und sangen das religiöse und patriotische Lied „Gott, der Du Polen in Deine Hände nahmst“. Nach Konsultation mit dem ZK der PPR entschloß sich das örtliche Komitee, die gesamte Aktion abzublasen. In den folgenden Tagen wurden allerdings Repressivmaßnahmen gestartet. Besonders aktive Personen wurden entlassen, viele Meister und Abteilungsleiter degradiert und in andere Betriebsteile versetzt; auch einige Angestellte wurden ausgesperrt.⁵⁵

Streiks in Volkspolen waren mehr als nur eine Methode zur Verteidigung der Interessen der Beschäftigten. Die Tatsache, daß es in den Jahren 1945 bis 1948 zu mindestens 1.220 Streiks kam, an denen die größten Betriebe des Landes mit Hunderttausenden Beschäftigten beteiligt waren, zeugt davon, daß die Arbeiter – entgegen der offiziellen Propaganda zusammen mit anderen sozialen Gruppen eine Widerstandsfront gegen das ihnen aufgezwungene System bildeten. Sie war allerdings im Lande durchaus nicht homogen. Dies zeigt die Konzentration von Protesten in drei Wojewodschaften (Lodz,

54 CHUMIŃSKI, *Ruch...*, 294.

55 AAN, KC PPR, 295/IX/51, S. 365–370; AAN, KC PPR, 295/IX/370, S. 35–45.

Schlesien und Krakau) und in zwei Branchen (der Textilindustrie und im Bergbau). In gewissem Grade waren dies die Folgen der Industrialisierung dieser Regionen und der Dominanz der erwähnten Branchen in der polnischen Volkswirtschaft. Dennoch sind die Disproportionen zwischen der Anzahl der Beschäftigten und den Streiks sehr deutlich. Das veranlaßt uns zu folgenden Überlegungen: Wir haben wiederholt unterstrichen, daß die Hauptursache für die Aktionen der Arbeiter die schwierige materielle Lage der Beschäftigten war. Das trifft auch zu; aber die angeführten Zahlen zeigen, daß man die Motive für die Proteste nicht einfach als Konsequenz der Lebensbedingungen ansehen darf. Sie waren vielmehr die Folge unterschiedlicher Erscheinungen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die schwierigen Existenzbedingungen die Beschäftigten in allen Branchen und Regionen des Landes betrafen. Die Lage der streikenden Personen war nicht schlechter als die anderer. Im Gegenteil, die Bergleute und die Textilarbeiter gehörten zu den privilegierten Kreisen. Daher scheint die Hypothese berechtigt zu sein, daß die schweren Arbeits- und Lebensbedingungen in den meisten Fällen nicht der hinreichende Grund für einen Streik waren. Nach unserer Überzeugung hat für die Klärung der Skala der Proteste und ihrer territorialen und branchenmäßigen Verteilung die Zusammensetzung der Arbeiterschaft entscheidende Bedeutung. Die drei uns interessierenden Wojewodschaften waren in weit geringerem Maße vom Prozeß des Austauschs und der Desintegration der Arbeiterschaft betroffen. Das war vor allem darauf zurückzuführen, daß diese Regionen nicht so sehr unter direkten Kriegszerstörungen zu leiden hatten. Die dort vorhandenen Fabriken, namentlich die Großbetriebe, hatten nur minimale Schäden erlitten. Man kann annehmen, daß sich die dort Beschäftigten von den übrigen durch eine höhere Qualifikation, durch längere Dienstzeiten, durch ihr Alter und die Stabilität ihrer Familien unterschieden. Hinzu kamen ein höheres Niveau des politischen Bewußtseins, eine größere Lebenserfahrung, ein ausgeprägteres Selbstwertgefühl und die Pflege des kulturellen Brauchtums der Arbeiterklasse. Wichtig war, daß in ihrem Falle der Eintritt in den Beruf, die Entwicklung ihres Wertesystems und der Weltanschauung in die Zeit der staatlichen Unabhängigkeit und – bei allen Einschränkungen – des politischen und organisatorischen Pluralismus fiel (was sich unter anderem in der Vielzahl von Gewerkschaften ausdrückte). Vereinfacht gesagt, waren diese Personen, die sowohl die positiven als auch die negativen Erscheinungen im Polen der Zwischenkriegszeit erlebt hatten, gegenüber der einseitigen kommunistischen und prosowjetischen Propaganda widerstandsfähiger als junge Leute. Je größer der Anteil der Arbeiter ist, die über viele Jahre im gleichen Betrieb beschäftigt sind, desto höher ist der Grad der Integration und der sozialen Bindung der Belegschaft. Die Folge ist, daß sich in jedem Betrieb eine spezifische informelle Struktur, ein Wertesystem, Verhaltensmuster, Kontrollmechanismen im Kollektiv, Symbole etc. herausbilden. Alle diese Faktoren gewinnen besondere Bedeutung in Konfliktsituationen, bei denen ein solidarisches Zusammenwirken aller Mitglieder der Gemeinschaft erforderlich wird.

Ein schlagender Beweis für die Solidarität und die innere Bindung der Belegschaften waren die Klagen der Sicherheitsorgane über die Schwierigkeiten, Informanten zu gewinnen. Trotz eifriger Bemühungen besaßen sie in der gesamten Wojewodschaft Łódź mit über 150.000 Beschäftigten in der Textilindustrie nur zwei Residenten und 54 Informanten

(Angaben für den Februar 1948). Zur gleichen Zeit verfügten die Sicherheitsbehörden in Niederschlesien, wo die Beschäftigtenzahl um zwei Drittel geringer war, über 6 Residenten, 18 Agenten und 266 Informanten.⁵⁶ Diese Unterschiede kann man nicht nur mit der größeren Aktivität des Sicherheitsdienstes erklären. Die Ursache lag in der Zusammensetzung der Fabrikbelegschaften. In den sog. wiedergewonnenen Gebieten begann der Prozeß ihrer Herausbildung von Grund auf erst nach dem Kriege. Dies erleichterte es dem Regime, in der zersplitterten, anonymen und über keine gemeinsamen Werte verfügenden Gesellschaft Zuträger zu gewinnen. In diesem Zusammenhang überrascht es auch nicht, daß die Zahl der Streiks in den nördlichen und westlichen Wojewodschaften Polens so gering war. Obwohl in den dort ansässigen Betrieben etwa 25 Prozent aller Beschäftigten Polens arbeiteten, fanden in diesen Gebieten knapp 6 Prozent der Streiks statt.

Eine Verifizierung der Hypothese über eine Korrelation zwischen der Zunahme von Streikaktionen und der Zusammensetzung der Arbeiterkreise erfordert insbesondere eine nähere Kenntnis sozial-demographischer Merkmale polnischer Arbeiter und eine Segmentierung dieses Milieus. Besonders ausschlaggebend sind Fragen, wie: das Ausbildungsniveau, die soziale Abstammung, berufliche Erfahrung, Betriebszugehörigkeit, Altersstruktur, Familiensituation, etc.

Detaillierte Forschungen hinsichtlich der Zusammensetzung des polnischen Arbeitermilieus haben nachgewiesen, dass in Anbetracht der vorgenannten Merkmale, unter den 2,2 Millionen Beschäftigten in der polnischen Industrie im Jahre 1955 die größte Gruppe Personen darstellen, die zum mentalen „autoritär-unproduktiven“ Typus gezählt werden können.⁵⁷ Dieser wurde von ca. 1,5 Mio. Personen, d. i. 2/3 aller körperlichen Arbeitnehmer vertreten. Die Gruppe zeichnete sich durch eine schwache Ausbildung, die Abstammung aus homogenen Sozialstrukturen (vom Lande bzw. aus kleinen Städten – rund 1 Mio. wurde auf dem Lande geboren und mehr als jeder zweiter von 800.000 lebte da im Jahr 1939), ein straforientiertes Erziehungsmodell in der Familie, keine Beteiligung am sozialen und politischen Leben, unterwiesene Arbeit, die keine Selbständigkeit verlangte, aus. Es waren alles Faktoren, die eine eingeschränkte kognitive Perspektive und ein hohes Niveau des Autoritarismus zur Folge hatten. Andererseits hatten dieselben Faktoren – vor allem schwache Ausbildung, wesentlichen Einfluss auf die Produktivität der Arbeiter, besonders ihre Anpassungsfähigkeiten. Personen mit minimalem Bildungsniveau sind imstande, nur einfache, wiederholbare Arbeiten auszuführen.

Die zweite ausgesonderte Kategorie polnischer Arbeiter ist der mobil-opportunistische Typus. Zu dieser Gruppe werden Arbeitnehmer gezählt, die ihre Ausbildung nach der Grundschule, in allgemeinbildenden Schulen fortsetzen. Demnach waren das Arbeiter mit unvollständiger und vollständiger Oberschulausbildung, sowie nicht abgeschlossener und abgeschlossener höherer Ausbildung. In der Summe handelt es sich, den Schätzungen aus

56 IPN, Kabinett des Ministers, 38/2, (Tabelle).

57 Ausführlich: CHUMIŃSKI, Jędrzej: *Robotnicy polscy 1945–1956. „Stary” i „nowy” ośrodek przemysłowy na przykładzie Krakowa i Wrocławia*, Wrocław 2015, 79–143.

dem Jahr 1955 nach, um ca. 218.000 Personen. D. h. jeder zehnte polnische Arbeiter kann für diese Kategorie klassifiziert werden. Charakteristisch für diese Gruppe war ihre sehr große Mobilität. Es ist relativ offensichtlich, dass Personen, die nach der Grundschule ihre Ausbildung in der allgemeinbildenden Stufe fortsetzten, ihre Zukunft nicht mit der Arbeit als körperlicher Arbeitnehmer verbanden. In ihrem Fall resultierte die Arbeit in der Fabrik aus einem Situationszwang und nicht der freien Wahl. Es ist anzunehmen, dass auf solche Jobs verzichtet wurde, sobald sich die Möglichkeit einer anderen Arbeit, insbesondere als Beamter bzw. Beamtin anbot. Diese Situation widerspiegelt eine große Fluktuation in der vorgenannten Arbeiterkategorie. Die Annahme wird von der Tatsache bestätigt, dass gar 71% der Arbeitnehmer in den Jahren 1945–1956 ihre Arbeitsstellen bis zu einem Jahr behielten. Auch der Prozentanteil langjähriger Mitarbeiter war relativ niedrig – über 10 Berufsjahre konnten lediglich 6% Beschäftigte aufweisen.

Die letzte ausgesonderte Gruppe besteht aus Arbeitern des proletarisch-produktiven Typs. Hierzu zählen Arbeiter mit beruflicher, bzw. vollständiger und nicht vollständiger, mittlerer, technischer Ausbildung. Insgesamt zählte diese Kategorie ca. 528.000 Personen, d. h. rund 24% aller Arbeiter. Ihr Hauptmerkmal war die Pflege traditioneller Arbeiterwerte, wie hohe Arbeitsethik, Achtung vor der auf Qualifikationen gründenden Hierarchie, Stolz auf die ausgeführte Arbeit. Die Gruppe verband das Gefühl der Solidarität und Fähigkeit, zum Schutz eigener Interessen gemeinsam zu handeln. Die potenzielle Produktivität dieser Arbeiter war das Ergebnis deren hoher Qualifikationen und Arbeitsmotivation. In dieser Kategorie galten als Spitzenelite ca. 110.000 Arbeiter. Zu der Gruppe zählten wir Vorkriegs-/Fabrikarbeiter und Arbeiter mit mehr als Berufsschulausbildung, d. h. mittlerer, technischer Ausbildung (vollständig oder nicht vollständig).

Sollten wir versuchen, zahlenmäßig Unterschiede zwischen den einzelnen Kategorien der Arbeitergruppen zu erfassen, könnten wir auf vielschichtige Statistikanalysen samt der Methode der linearen Zuordnung zurückgreifen, die eine Verbindung und synthetische Darstellung vorher untersuchter Detailfragen ermöglichen. Infolge der Analyse der Unterschiede zwischen den jeweiligen Arbeiterkategorien haben wir 10 Eigenschaften typisiert, die potenziell auf deren Verhalten und Haltungen Einfluss nehmen konnten (diese Liste hätte je nach analysierter Themenbereiche anders ausfallen können). Vordergründig handelt es sich um das Bildungsniveau, die Berufserfahrung aus der Vorkriegszeit, sowohl aus Fabriken, als auch anderen Bereichen der Volkswirtschaft, und den Anteil der Arbeiter, die in Städten mit über 10.000 Bewohner geboren waren und dort auch im August 1939 lebten. Wir haben auch die Altersstruktur und den Prozentsatz der Personen mit stabiler Familiensituation berücksichtigt. Unter den haltungsrelevanten Eigenschaften sind am wichtigsten: Dienstjahre, Prozentsatz dauerhaft, über 10 Jahre lang Beschäftigter und Zugehörigkeit zur PPS. Diesen Faktoren haben wir Wichtigkeitspunkte zugeteilt, wobei wir u.a. die Vorkriegs-/Fabrikarbeiterfahrung (2), die Anzahl der Betriebsjahre (2), die Dauerbeschäftigung von über 10 Jahren (2), das Wohnen im August 1939 in Städten mit über 10.000 Einwohnern (2) und Zugehörigkeit zur PPS (2) als am wichtigsten eingestuft haben. Den übrigen Faktoren haben wir je 1 Punkt gegeben. Das angenommene Messsystem ist selbstverständlich mit großer Vorsicht zu betrachten, denn die Qualitätsunterschiede lassen sich schwer mit Zahlen ausdrücken. Nichtsdestotrotz bestätigen die ermittelten

Daten die vorgenannten Regeln. Das Kriterium, welches den potenziellen Wert des Arbeitermilieus für Arbeiter der proletarisch-produktiven Kategorie (mit abgeschlossener und nicht abgeschlossener Berufsausbildung) veranschaulichte, war entschieden am höchsten und betrug 0,84 (im Verhältnis zu 1 als Maximum). In der autoritär-unproduktiven Kategorie (Grundschulausbildung und geringere) war das lediglich 0,63, und in der mobil-opportunistischen (vollständige und nicht vollständige allgemeine, mittlere Ausbildung) – 0,74. Besondere Missverhältnisse betrafen Männer, die im Arbeitermilieu die Mehrheit darstellten. In diesem Fall betrug der Unterschied zwischen proletarisch-produktiven Arbeitern (0,92) und den restlichen Kategorien 0,26 (autoritär-unproduktiv – 0,66) und 0,10 (mobil-opportunistisch – 0,82). Im Fall von Frauen waren die Unterschiede weit geringer, denn die Messkriterien waren entsprechend: 0,69, 0,62 und 0,65. Diese Proportionen zeugen von einem Qualitätsunterschied insbesondere zwischen proletarisch-produktiven und autoritär-unproduktiven Arbeitern (Tabelle 3).

Tabelle 3 Indikator drei Segmente des Arbeitermilieus in den Fabriken in Breslau und Krakau

Merkmale	Gewichtungspunkte	Gewichtung	Wzorzec - Muster	Kategorie autoritär-unproduktiv			Kategorie proletarisch-produktiv			Kategorie mobil-opportunistisch		
				Frauen	Männer	Zusammen	Frauen	Männer	Zusammen	Frauen	Männer	Zusammen
Bildungsstand	1	0,1	10,3	5,74	5,58	5,66	8,61	8,78	8,72	9,96	10,3	10,1
Berufserfahrung vor dem Krieg in Fabriken in Prozent	2	0,1	14,3	4,5	9,9	6,9	2,7	14,3	10,2	3,3	11	7,3
Berufserfahrung vor dem Krieg insgesamt in Prozent	1	0,1	26,6	13,6	22,9	17,8	11,1	26,6	21,1	14	21,1	17,6
Arbeitserfahrung in Jahren	2	0,1	5,03	3,47	3,16	3,34	4,91	5,03	4,99	2,88	3,41	3,15
Berufserfahrung im Betrieb von mehr als 10 Jahren in Prozent	2	0,1	12,5	7,9	6,7	7,3	11,8	12,5	12,3	5,1	6,7	5,9
Anteil der Arbeiter, die in Städten mit über 10.000 Bewohner im August lebten	2	0,1	62,3	36,3	34,8	35,6	46,2	46,6	46,5	62,3	59,5	60,9
Anteil der Arbeiter, die in Städten mit über 10.000 Bewohner geboren wurden	1	0,1	46,3	22,9	24,1	23,4	36,5	32,2	33,7	46,2	46,3	46,3
Durchschnittsalter im Augenblick der Einstellung in Jahren	1	0,1	27,44	26,6	27,44	27	23,1	25,47	24,6	25,5	27,12	26,3
Verheiratete Personen in Prozent	1	0,1	42,9	30,5	42,9	36	19,5	36,9	30,7	30,2	33,6	31,9
Zugehörigkeit zur PPS Prozent	2	0,1	9,4	7,5	5,1	6,4	6,5	9,4	8,4	6	8,9	7,5
Indikator	15	1	1	0,62	0,66	0,63	0,69	0,92	0,84	0,65	0,82	0,74

Quelle: CHUMIŃSKI, Jędrzej: *Robotnicy polscy 1945–1956. „Stary” i „nowy” ośrodek przemysłowy na przykładzie Krakowa i Wrocławia*, Wrocław 2015, 497.

Eigene Berechnungen auf der Grundlage von Personalakten in den Archiven folgender Breslauer Betriebe: Przedsiębiorstwo Aparatury Spawalniczej „ASPA”, Zakład Przemysłu Odzieżowego „Intermoda”, Zakład Przemysłu Odzieżowego „Otis” und folgender Krakauer Betriebe: Fabryka Maszyn Odlewniczych, Vistula Group S. A.

Sollte ein Versuch einer Schätzung gewagt werden, wie die einzelnen Beschäftigtenkategorien in den s. g. Wiedergewonnenen Gebieten und Alten Gebieten verteilt wurden, würde sich bestätigen, dass im Polen 1945 angeschlossenen Gebiet die erste Kategorie, autoritär-unproduktive, gar 75%, d. i. ca. 440.000 Arbeiter im Verhältnis zu 64% im Alten Gebiet, d. i. 1.060 ausmachte. Die zweite Gruppe, mobil-opportunistische, platzierte sich nah dran und betrug ca. 10% Arbeiter (60.000 und 158.000). Bei der letzten Kategorie, proletarisch-produktiven, handelt es sich um 15% (88.000) und über 26% (440.000). Dieses Phänomen ist in der Skala der Unterschiede zwischen Arbeitern, die in den s. g. Alten Gebieten und Wiedergewonnenen Gebieten beschäftigt waren, gut erkennbar. Auf die Krakauer Arbeiter 0,89 (Frauen – 0,86, Männer – 0,93) bezogen sich verständlicherweise viel günstigere Indikatoren als auf die Wroclauer Arbeiter – 0,67 (entsprechend: 0,61 und 0,74). Die Angaben zeugen deutlich von der Schwäche des Arbeitermilieus im neu angeschlossenen Gebiet in den ersten Jahren nach dem Krieg und erklären warum dieses in Betrieben im Wiedergewonnenen Gebiet eher sporadisch vorkam (Tabelle 4).

Tabelle 4 Indikator des Arbeitermilieus in den Fabriken in Breslau und Krakau in den Jahren 1945–1956

Merkmale	Gewichtungspunkte	Gewichtung	Muster	Fabriken in Krakau			Fabriken in Breslau		
				Frauen	Männer	Zusammen	Frauen	Männer	Zusammen
Bildungsstand	3	0,19	7,29	7,11	7,29	7,21	6,19	6,56	6,36
Berufserfahrung vor dem Krieg in Fabriken in Prozent	2	0,13	12,5	5,8	12,5	9,5	3,3	10,5	6,6
Berufserfahrung vor dem Krieg insgesamt in Prozent	1	0,06	24,2	15,7	23,9	20,2	12	24,2	17,6
Arbeitserfahrung in Jahren	2	0,13	5,74	5,74	4,99	5,32	2,58	2,75	2,66
Berufserfahrung im Betrieb von mehr als 10 Jahren in Prozent	2	0,13	15,9	15,9	12,9	14	4,3	5,2	4,8
Anteil der Arbeiter, die in Städten mit über 10.000 Bewohner im August lebten	2	0,13	52,4	52,4	46,3	49,1	33,7	36	34,7
Durchschnittsalter im Augenblick der Einstellung in Jahren	1	0,06	27,84	26,07	25,59	25,8	23,03	27,84	26,86
Verheiratete Personen in Prozent	1	0,06	43,9	23,3	30,2	36	31,7	43,9	37,3
Zugehörigkeit zur PPS in Prozent	2	0,13	7,9	6,8	7,4	6,4	7,4	5,6	6,6
Indikator	16	1	1	0,86	0,89	0,63	0,61	0,74	0,67

Quelle: CHUMIŃSKI, *Robotnicy...*, 498.

Die obige Analyse berechtigt die Schlussfolgerung, dass die Zusammensetzung des Milieus industrieller Arbeiter fundamentalen Einfluss auf die Art des angewandten Schutzes der Arbeiterinteressen hatte. Massenhandlungen, wie Streiks, welche eine

Organisation und Solidarität erforderten, waren fast ausschließlich in solchen Regionen möglich, in denen das Arbeitermilieu keinen radikalen Veränderungen unterzogen wurde, in Ausnahmefällen auch in solchen, wo die Beteiligung der proletarisch-produktiven Kategorie relativ groß war. Diese Situation macht die Zunahme von Streikaktionen in den ersten Jahren der Machtausübung von Kommunisten deutlich. Zugleich wird die unauffällige Zahl der Streiks im s. g. Wiedergewonnenen Gebiet klar. Die Dominanz der autoritär-unproduktiven Kategorie verringert wesentlich die Fähigkeit der Arbeiter, jegliche Formen des Schutzes ihrer Interessen zu organisieren. In ihrem Fall überwogen das Verlassen der Arbeitsstelle und die Verweigerung effektiver Pflichterfüllung.

Referenzen

Quellen des Archiv der neuen Akten (AAN)
Ministerium für Arbeits- und Gesellschaftsaufsicht (MPiOŚ)
Ministerium für Industrie und Handel (MPiH)
Zentral Komitee der polnischen Arbeiterpartei (KC PPR)
Zentralkommission der Gewerkschaften (KCZZ)

Quellen des Archiv des Institutes für Nationales Gedenken (IPN)
Kabinett des Ministers

- CHUMIŃSKI, Jędrzej: *Ruch zawodowy w Polsce w warunkach kształtującego się systemu totalitarnego 1944–1956*, Wrocław 1999.
- CHUMIŃSKI, Jędrzej: *Robotnicy polscy 1945–1956. „Stary” i „nowy” ośrodek przemysłowy na przykładzie Krakowa i Wrocławia*, Wrocław 2015.
- CHUMIŃSKI, Jędrzej – RUCHNIEWICZ, Krzysztof: Die Arbeiterstreiks in Polen 1945–1955, in: *Deutschland Archiv*, 37, 2004, 2, 245–252.
- CIECHANOWICZ-SARATA, Aleksandra: Strzały w porcie, in: *Tygodnik Gdański*, 1990, Nr. 29, 22 Juli; Nr. 30, 29 Juli.
- DAHRENDORF, Ralf: Teoria konfliktu w społeczeństwie przemysłowym, in: *Elementy teorii socjologicznych. Materiały do dziejów współczesnej socjologii zachodniej*, DERCZYŃSKI, Włodzimierz – JASIŃSKA-KANIA, Aleksandra – SZACKI, Jerzy (Hgg.), Warszawa 1975, 435, 441–450.
- Deklaracja Sejmu Ustawodawczego w przedmiocie realizacji praw i wolności obywateli uchwalona 22 lutego 1947 r., in: *Mała Konstytucja wraz z deklaracją praw i wolności obywatelskich. Manifest PKWN i przepisami związkowymi*, Warszawa 1947.
- GÓRECKI, Wojciech: Strajki robotnicze w Łodzi w latach 1945–1947, in: *Polska 1944/1945–1989. Studia i Materiały*, 1997, 2, 94.
- KAMIŃSKI, Łukasz: *Strajki robotnicze w Polsce w latach 1945–1948*, Wrocław 1999.
- KENNEY, Padraic: *Rebuilding Poland. Workers and Communists 1945–1950*, Ithaca – London 1997.
- KLOC, Kazimierz: Strajki w przemyśle w pierwszych latach Polski Ludowej, in: *Studia nad ruchami społecznymi*, MARCINIĄK, Piotr – MODZELEWSKI, Wojciech (Hgg.), Warszawa 1989, 9, 12, 29–30, 38.

36	ARTICLES Jędrzej CHUMIŃSKI	Die sozialökonomischen Determinanten von Streiks in Polen 1945–1948	
----	-------------------------------	--	--

KRIWIENKO, S.: Teczka Stalina. Raporty z Polski, in: *Karta*, 1995, 15, 28–52.

MIKOŁAJCZYK, Stanisław: *Zniewolenie Polski*, Warszawa 1984.

PACZKOWSKI, Andrzej (Hg.): *Dokumenty do dziejów PRL. Aparat bezpieczeństwa w latach 1944–1956*, Warszawa 1994.

PIPES, Richard: *Rewolucja rosyjska*, Warszawa 1994.

TARNAWA, Andrzej: *Proces trwa*, Warszawa 1986.

Author

dr hab. prof. UE Jędrzej Chumiński

Katedra Filozofii i Historii Gospodarczej, Wydział Nauk Ekonomicznych, Uniwersytet Ekonomiczny we Wrocławiu

Department of Philosophy and Economic History, Faculty of Economic Sciences, Wrocław University of Economics

ul. Komandorska 118/120, 53-345 Wrocław, Poland

jedrzej.chuminski@ue.wroc.pl